



## Gemeinde Mainhardt

### Niederschrift über die öffentlichen Verhandlungen des Gemeinderats vom 8. März 2023

**Beginn:** 17:00 Uhr  
**Ende:** 19:30 Uhr

#### Vorsitzender

Komor, Damian

#### Mitglieder

Braun, Volker  
Enderle, Alexander  
Feger, Heiko  
Feuchter, Wolfgang  
Hofmann, Bettina  
Holdreich, Julia  
Koppenhöfer, Thomas  
Kotzel, Lena  
Müller, Simon  
Noller, Janik  
Röger, Karina  
Rudolph, Dominik  
Schanzenbach, Bernd  
Schoch, Joshua (ab 17.15 Uhr, TOP 4)  
Schoch, Tilman  
Schweizer, Bernhard  
Truckenmüller, Wolfgang  
Walz, Birgit, Dr.  
Weller, Ulricke

#### Schriftführung

Häfner, Daniela

#### Verwaltung

Heiden, Volker  
Kübler, Daniela  
Wagenländer, Friedmar

#### Ortsvorsteher

Danner, Tanja  
Feger, Jürgen  
Wagner, Thomas

**Öffentliche Sitzung vom 8. März 2023**

**Entschuldigt fehlen:**

Mitglieder

Braun, Doris

Kemppel, Stephan (privat verhindert)

Schanzenbach, Dietmar (beruflich verhindert)

Weydmann-Sziel, Karin (krank)

Zur Beurkundung:

Damian Komor  
Bürgermeister

Daniela Häfner  
Schriftführerin

Gemeinderat:

Öffentliche Sitzung vom 8. März 2023

**Tagesordnung**

Öffentlicher Teil

		Vorlage Nr.
TOP 1	Bekanntgaben	
TOP 2	Anfragen und Anregungen des Gemeinderats	
TOP 3	Einwohnerfragestunde	
TOP 4	Starkregenrisikomanagement und Starkregen- Frühalarmsystem für die Gemeinde Mainhardt	020/2023
TOP 5	Breitbandausbau - Stand Breitbandausbau - Änderung der Verbandssatzung des Zweckverbandes Breitband Landkreis Schwäbisch Hall	017/2023
TOP 6	Bebauungsplan "Gewerbegebiet Äußerer Eichwald - Erweiterung Ost" - Beschluss über die eingegangenen Bedenken und Anregungen - Satzungsbeschluss	018/2023
TOP 7	Durchführung von zwei VgV-Verfahren zur Vergabe von Ingenieurleistungen - Neubau einer Gemeinschaftskläranlage in Mainhardt - Verbindungskanäle und Sammler für das Einzugsgebiet der Gemeinschaftskläranlage	015/2023
TOP 8	Ersatzbeschaffung Ford Ranger	014/2023
TOP 9	Jagdgenossenschaft Mainhardt - Zustimmung zur Übertragung der Verwaltung durch den Gemeinderat - Wahl der Mitglieder des Jagdausschusses	019/2023
TOP 10	Bestellung Abschlussprüfer für Jahresabschluss 2022 Kommunalbau Mainhardt GmbH	021/2023
TOP 11	Bausachen	

## Öffentliche Sitzung vom 8. März 2023

### § 1 Bekanntgaben

#### Beratungsverlauf:

BM **Komor** eröffnet die Sitzung und begrüßt die Zuhörerinnen und Zuhörer, Frau Peters vom Haller Tagblatt als Vertreterin der Presse sowie die Mitglieder des Gemeinderats. Er stellt fest, dass ordnungsgemäß zur Sitzung eingeladen wurde und keine Anträge zur Tagesordnung vorliegen.

Vor Eintritt in die Tagesordnung wendet sich BM Komor an GR Bernd Schanzenbach um ihm zu seiner Wiederwahl zum Gesamtkommandanten der Freiwilligen Feuerwehr Mainhardt und seiner Abteilungen zu gratulieren. Herr Schanzenbach sei bei der Hauptversammlung am vergangenen Freitag eindeutig in seinem Amt bestätigt worden, berichtet BM Komor. Sein bisheriger Stellvertreter sei nicht mehr zur Wahl angetreten. Auf ihn folge nun Maximilian Walther, Mitglied der Abteilung Ammertsweiler. Die zur Bestätigung dieser Wahlen erforderlichen Beschlüsse des Gemeinderats würden in der nächsten Sitzung gefasst.

BM **Komor** gibt danach bekannt, dass der Freundeskreis des Pahl Museums eine Einladung an den Gemeinderat angekündigt habe, die terminlich noch seitens der Verwaltung koordiniert werde. Gemeinderat Feuchter schlägt vor, dies unter Umständen mit einer anschließenden Sitzung des Gemeinderats zu kombinieren.

Weiter informiert BM Komor darüber, dass von der Elterninitiative in Ammertsweiler ein Grobkonzept für die künftige Kinderbetreuung vorgelegt worden sei, das derzeit noch abgestimmt und weiter ausgearbeitet werde. Die Beratung hierzu sei für die Sitzung im April geplant.

## Öffentliche Sitzung vom 8. März 2023

### § 2 Anfragen und Anregungen des Gemeinderats

#### Beratungsverlauf:

Aus der Mitte des Gemeinderats ergeben sich aktuell keine Fragen, weshalb BM **Komor** den Tagesordnungspunkt wieder schließt.

## Öffentliche Sitzung vom 8. März 2023

### § 3 Einwohnerfragestunde

#### Beratungsverlauf:

Ein Einwohner schlägt vor, zur Finanzierung von Photovoltaikanlagen auf den Dächern der öffentlichen Gebäude die Beteiligung der Bürgerschaft in Erwägung zu ziehen. Ein Bürger-Solar-Projekt könne er sich gut vorstellen. Grundsätzlich sei dies denkbar, stimmt BM **Komor** zu.

## Öffentliche Sitzung vom 8. März 2023

### **§ 4 Starkregenrisikomanagement und Starkregen-Frühalarmsystem für die Gemeinde Mainhardt Vorlage: 020/2023**

#### **Beschluss:**

1. Die Verwaltung wird beauftragt, die Ausschreibung für das Kommunale Starkregenrisikomanagement in Zusammenarbeit mit den Gemeinden Michelfeld und Rosengarten zu veranlassen und den Förderantrag zu stellen.
2. Der Gemeinderat beschließt, das in der Projektstudie ermittelte Konzept zum Starkregen-Frühalarmsystem-Mainhardt grundsätzlich umsetzen zu wollen.

Die Verwaltung wird deshalb beauftragt, sich diesbezüglich mit den Nachbargemeinden abzustimmen und die Leistungen zur Investition, Montage sowie Betrieb eines FAS über ein qualifiziertes Leistungsverzeichnis auszuschreiben um dann anhand der vorliegenden Angebote konkret entscheiden zu können.

#### **Abstimmungsergebnis:**

Der Beschluss wird mit 20 Ja-Stimmen, 0 Nein-Stimmen und 0 Enthaltungen einstimmig angenommen.

#### **Beratungsverlauf:**

BM **Komor** führt zunächst in das Thema des Starkregenmanagements ein und macht dabei deutlich, dass es sich dabei um eine weitere Aufgabe handle, die den Kommunen aufgebürdet werde. Da es sich aber um eine Aufgabe aus dem Bereich der Daseinsvorsorge handle, stelle sich die Frage nicht, ob darauf auch verzichtet werden könnte. Mainhardt habe sich deshalb zusammen mit den Gemeinden Rosengarten und Michelfeld auf den Weg gemacht, das Thema als Kooperationsprojekt anzugehen um so zumindest die Synergieeffekte nutzen zu können. Anschließend übergibt BM Komor das Wort an Herrn Junginger von der Firma SPEKTER GmbH, die hierzu erste Untersuchungen angestellt habe.

Anhand einer Präsentation, die für die Gemeinderäte im Sitzungssystem eingestellt war, erläutert Herr **Junginger**, was sich konkret hinter einem Starkregenrisikomanagement verbirgt. Zunächst sei es dabei wichtig zu unterscheiden zwischen einem Hochwasser und einem Starkregenereignis, das wie vor einigen Jahren in Braunsbach zu einer Sturzflut führen könne. Es sei daher wichtig jetzt zu untersuchen, wo das Wasser im Falle eines solchen Regenereignisses auftritt und wohin es dann fließe.

In einem ersten Schritt gelte es, eine Starkregengefahrenkarte für das Untersuchungsgebiet zu erstellen. Um dies zu fördern, werden für diesen ersten Schritt derzeit noch Zuschüsse in Höhe von 70% gewährt, informiert Herr Junginger. Auf Basis dieser Starkregengefahrenkarten sollte dann die Information an die Bürger erfolgen, die sich dann entsprechend rüsten könnten. Gleichzeitig sollten die Erkenntnisse in die Bauleitplanung der Gemeinde einfließen. Herr Junginger betont, dass aber auch dann kein 100% Schutz möglich sei. Zusammen mit

## Öffentliche Sitzung vom 8. März 2023

einem gut angelegten Frühwarnsystem gelinge es dann aber, Zeit zu gewinnen, um Schlimmeres zu verhindern.

Anschließend stellt Herr Junginger die Ergebnisse der Projektstudie vor, die von Spekter bereits für Mainhardt erstellt worden sei und die nun auch noch für Rosengarten und Michelfeld erfolge. Diese Projektstudie helfe, die Standorte für die Pegelsensoren festzulegen und stelle gleichzeitig die Grundlage für die Förderantragstellung dar.

Hierzu ergänzt BM **Komor**, dass für die Förderung des Starkregenrisikomanagements ausnahmsweise zuerst die Ausschreibung erfolgen müsse um dann auf dieser Grundlage den Förderantrag stellen zu können. Mit der Bewilligung könne dann in die Umsetzung gegangen werden, in dem einer der Bieter beauftragt werde. Ob es sich dabei dann wiederum um die Firma Spekter handle, könne nicht vorausgesehen werden, sei aber sicherlich wünschenswert, so BM Komor. Die Ausschreibung solle für alle drei Gemeinden zentral über Rosengarten erfolgen, schließt BM Komor den Sachvortrag.

Gemeinderat Heiko **Feger** möchte wissen, wofür konkret mit einer Förderung durch das Land zu rechnen sei. BM **Komor** erläutert darauf hin, dass die mit 100.000 € bis 120.000 € veranschlagten Kosten für das Starkregenrisikomanagement zu 70 % förderfähig sind. Die Kosten in Höhe von rund 60.000 € für das nachfolgende Frühwarnsystem wären hingegen nicht förderfähig.

Er frage sich, so Gemeinderat Heiko **Feger** weiter, ob durch das Frühwarnsystem Vorteile für den Gebäudebesitzer erwachsen, zum Beispiel bei der Versicherung für das Gebäude. Und welcher Anspruch sich daraus ergebe, wenn zum Beispiel der Oberlieger nichts unternehme, um Gefahren durch Starkregen zu verhindern.

Grundsätzlich sei jeder Eigentümer selbst verantwortlich dafür, Schäden vom Gebäude fern zu halten, erklärt Herr **Junginger**. Auf die Versicherungsverträge habe das Vorliegen eines Starkregenrisikomanagements bisher noch keinen direkten Einfluss. Er gehe jedoch davon aus, dass die Forderung der Versicherung von Elementarschäden kommen werde.

Wenn sich aus der Untersuchung Vorschläge für bauliche Maßnahmen ergeben, wovon Gemeinderat **Enderle** ausgehe, stehe der Gemeinde denn dann auch Geld zur Verfügung, dies umzusetzen, frage er sich.

Oftmals handle es sich hier um kleine Maßnahmen, bei denen es abzuwägen gelte, ob die Risikominimierung den finanziellen Aufwand rechtfertigen, so Herr **Junginger** der außerdem informiert, dass diese Maßnahmen meist ebenfalls förderfähig seien.

Er gehe sogar davon aus, dass das Vorsehen dieser Maßnahmen ohnehin bald als Verpflichtung in die Bauleitplanung einfließe, ergänzt BM **Komor**.

Die Risiken, die durch den Starkregen hervorgerufen würden, würden durch die zunehmende Flächenversiegelung noch vermehrt, merkt Gemeinderat Tilman **Schoch** an. Er wolle wissen, ob die ohnehin als neuralgische Punkte bekannte Gebiete, wie etwa die Kläranlage, in die Untersuchung mit aufgenommen würden, was BM Komor bejaht.

Gemeinderat **Truckenmüller** hat Bedenken, ob Bereiche wie etwa die Laukenmühle überhaupt geschützt werde könnten. Unter Umständen beschränkten sich die Möglichkeiten tatsächlich auf die Vorteile, die sich durch eine frühzeitige Warnung ergeben, räumt Herr **Junginger** ein.



### Öffentliche Sitzung vom 8. März 2023

Wie erfolge die Weitergabe der Informationen an die Bürger, möchte Gemeinderat **Feger** wissen. Herr **Junginger** erläutert darauf hin, dass im Zuge des Managements sogenannte Risikosteckbriefe erstellt würden, die im Rahmen einer Infoveranstaltung unterstützt mit entsprechenden Kartenmaterial an die Bürger weitergegeben würden. Grundsätzlich obliege es aber der Gemeinde selbst, wie viel Informationen an die Bürger weitergegeben würde.

Gemeinderätin Dr. **Walz** erkundigt sich, welche Verpflichtung sich für die Eigentümer dann aus diesem Wissen ergebe. Herr **Junginger** stellt deshalb klar, dass es noch immer die Entscheidung des Einzelnen sei, ob und wie er die Empfehlungen umsetze. Die Gemeinde sei nur gefordert, die entsprechenden Vorkehrungen zu treffen. Einen 100%igen Schutz gebe es nicht.

Gemeinderat **Feuchter** bedauert, dass die Erhebungen und dann vor allem auch das Warnsystem nicht auf die Gemeinden Großerlach und Wüstenrot ausgedehnt werde. Das Frühwarnsystem müsste seiner Meinung nach viel großräumiger angelegt sein, um effektiv sein zu können.

Aus seiner Sicht als Feuerwehrkommandant begrüße er sehr, wenn die Gemeinde in diesem Bereich tätig werde, so Gemeinderat Bernd Schanzenbach. Das Risiko müsse durch entsprechende Vorkehrungen minimiert werden. Natürlich wäre es da besser, alle Gemeinde, möglichst sogar landkreisübergreifend, würden sich daran beteiligen. Für den Anfang sei es aber wichtig, dass Mainhardt dabei sei, unterstreicht er.

Für ihn erschließe es sich nicht, warum das Frühwarnsystem nicht auch gefördert werden könne, so Gemeinderat **Schweizer**, der außerdem nach den Gründen fragt, warum Rosengarten und Michelfeld dessen Umsetzung bisher nicht beschlossen hätten.

Das Warnsystem sei Aufgabe der Gemeinde und deshalb von der Förderung ausgeschlossen, bedauert BM **Komor**.

Rosengarten und Michelfeld hätten bislang als ersten Schritt das Risikomanagement in Auftrag gegeben, das Frühwarnsystem könne sich aber noch anschließen, ergänzt Herr **Junginger**. Woraufhin Gemeinderat **Enderle** überlegt, ob das nicht auch für Mainhardt der richtige Weg wäre.

Dieses Vorgehen zieht auch Gemeinderat **Noller** in Betracht, zumal aus seiner Sicht das Risikomanagement der erste Schritt sein sollte, dem sich das schnell umsetzbare Frühwarnsystem dann anschließen. So könne auch sichergestellt werden, dass bereits installierte Sensoren nicht später noch umgebaut werden müssten.

Der Umbau sei jederzeit mit relativ geringem Aufwand möglich, informiert Herr **Junginger**. Schließlich müsste es immer machbar sein, auf neue Erkenntnisse zu reagieren.

Gemeinderat **Schweizer** spricht sich ebenfalls für eine Zurückstellung des Frühwarnsystems aus. In der Zwischenzeit solle aber auf die umliegenden Gemeinden zugegangen werden, um diese unter Umständen für den Anschluss zu gewinnen.

Dem schließt sich auch Gemeinderat Heiko **Feger** an, der erst entscheiden wolle, wenn die Kosten nach der Ausschreibung konkret bekannt seien.

BM **Komor** passt den Beschlussantrag dementsprechend an und ruft dann zur Abstimmung auf.

## Öffentliche Sitzung vom 8. März 2023

- § 5 **Breitbandausbau**  
- **Stand Breitbandausbau**  
- **Änderung der Verbandssatzung des Zweckverbandes Breitband Landkreis Schwäbisch Hall**  
**Vorlage: 017/2023**

### Beschluss:

Der Gemeinderat nimmt den Sachverhalt zur Kenntnis und ermächtigt den Bürgermeister, Herrn Damian Komor, im Rahmen der anstehenden Beschlussfassung der Versammlung des Zweckverbandes Breitband Landkreis Schwäbisch Hall einer Änderung der Verbandssatzung wie nachfolgend dargestellt sowie der entsprechenden Änderungssatzung zuzustimmen.

### Abstimmungsergebnis:

Der Beschluss wird mit 20 Ja-Stimmen, 0 Nein-Stimmen und 0 Enthaltungen einstimmig gefasst

### Beratungsverlauf:

BM **Komor** verweist auf die Sitzungsvorlage Nr. 017/2023 und geht kurz auf die anstehende Satzungsänderung zur Anpassung der Kostenverteilung ein. Dieser Änderung sollten bis Ende März alle beteiligten Gemeinden und dann der Kreistag zustimmen damit dann die Abstimmung mit dem Regierungspräsidium erfolgen könne. Die letztendliche Entscheidung müsse dann in der Versammlung im April oder Mai erfolgen. Nach deren Beschluss schließe sich die Veröffentlichung an, so dass die Satzungsänderung dann zum 01.01.2024 umgesetzt werden könne.

Die Entwicklung zeige deutlich, dass es die richtige Entscheidung gewesen sei, den Zweckverband zu gründen, betont BM **Komor** und übergibt dann das Wort an den Geschäftsführer, Herrn Heinz Kastenholz.

Anhand einer Präsentation, die der Niederschrift angehängt ist, berichtet Herr **Kastenholz** über den aktuellen Stand des Ausbaus, die dabei zu bewältigenden Herausforderungen sowie über aktuelle Entwicklungen innerhalb des Zweckverbandes. Anschließend legt er dar, wie die Finanzierung des Breitbandausbaus per Darlehensfinanzierung funktioniert und erläutert die Kosten- und Pachtverteilung. Durch die hier angestrebte Änderung solle es gelingen, dass sowohl Kosten- also auch Pachteinahmen über einen Schlüssel nach dem Verursacherprinzip verteilt würden.

Mit dem Hinweis, dass die Satzungsänderung unbedingt sinnvoll und für Mainhardt sicher vorteilhaft wäre, eröffnet BM **Komor** die Aussprache.

Aus seiner Sicht sei der Verteilschlüssel nach dem Verursacherprinzip gut gewählt, bestätigt Gemeinderat **Schweizer** der sich froh darüber zeigt, dass es den Zweckverband gebe. Die Gemeinden hätten diese Aufgabe gar nicht alleine stemmen können.

### Öffentliche Sitzung vom 8. März 2023

Gemeinderat **Truckenmüller** erkundigt sich, wie es mit der Mitverlegung der Stromtrassen und dem Abbau der Dachständer laufe. Herr **Kastenholz** räumt ein, dass dies, abhängig vom Stromnetzbetreiber, ganz unterschiedlich laufe woraufhin Ortsvorsteher **Wagner** aus Sicht der Stadtwerke ergänzt, dass die Mitverlegung überall da erfolge, wo dies auch möglich und sinnvoll sei. Manchmal scheitere es aber auch daran, dass das erforderliche Material gar nicht rechtzeitig verfügbar sei oder daran, dass die Preise zu hoch seien. In manchen Fällen sei aber auch deshalb darauf verzichtet worden, um beim Breitbandausbau selbst Zeit zu sparen.

Mit der vorgeschlagenen Darlehensfinanzierung könnten es sich die Gemeinde überhaupt erst leisten, den Breitbandausbau anzugehen, spricht sich Gemeinderat Heiko **Feger** klar für den Änderungsvorschlag aus.

Herr **Kastenholz** räumt allerdings ein, dass diese Art der Finanzierung erst für den Ausbau der grauen Flecken möglich sei. Die weißen Flecken gingen noch zu Lasten des jeweiligen Gemeindehaushalts.

Sodann lässt BM **Komor** über den Beschlussvorschlag abstimmen.

## Öffentliche Sitzung vom 8. März 2023

### **§ 6      Bebauungsplan "Gewerbegebiet Äußerer Eichwald - Erweiterung Ost" - Beschluss über die eingegangenen Bedenken und Anregungen - Satzungsbeschluss Vorlage: 018/2023**

#### **Beschluss:**

1. Die im Rahmen der öffentlichen Auslegung eingegangenen Stellungnahmen werden zur Kenntnis genommen. Die Abwägungsvorschläge der Verwaltung werden entsprechend beschlossen (Anlage 1).
2. Der Bebauungsplan „Gewerbegebiet Äußerer Eichwald – Erweiterung Ost“ vom 08.03.2023 wird zusammen mit den textlichen Festsetzungen, dem Umweltbericht und den örtlichen Bauvorschriften, jeweils mit Datum vom 08.03.2023, gefertigt vom Fachbereich Kreisplanung im Landratsamt Schwäbisch Hall, gemäß § 10 BauGB und § 74 LBO als Satzung beschlossen. Es gilt die Begründung vom 08.03.2023.

#### **Abstimmungsergebnis:**

Der Beschluss wird mit 20 Ja-Stimmen, 0 Nein-Stimmen und 0 Enthaltungen einstimmig gefasst.

#### **Beratungsverlauf:**

BM **Komor** verweist auf die Sitzungsvorlage Nr. 018/2023 und deren umfangreichen Anlagen sowie auf die bisherigen Beratungen zu diesem Bebauungsplan. Die zuletzt stattgefundene öffentliche Auslegung habe keine Stellungnahmen mit sich gebracht, die eine Änderung erforderten, hält BM **Komor** fest.

Fragen hierzu ergeben sich nicht, so dass BM **Komor** den Beschlussantrag zur Abstimmung aufruft.

## Öffentliche Sitzung vom 8. März 2023

- § 7 Durchführung von zwei VgV-Verfahren zur Vergabe von Ingenieurleistungen  
- Neubau einer Gemeinschaftskläranlage in Mainhardt  
- Verbindungskanäle und Sammler für das Einzugsgebiet der Gemeinschaftskläranlage  
Vorlage: 015/2023

### Beschluss:

Die Gemeindeverwaltung wird beauftragt die Durchführung von zwei VgV-Verfahren für eine europaweite Ausschreibung für Ingenieurleistungen bis zu einer Obergrenze von je Brutto 19.040,00 €, also insgesamt 38.080,00 € an das Büro Jedele und Partner GmbH aus Stuttgart-Vaihingen zu vergeben.

### Abstimmungsergebnis:

Der Beschluss wird mit 20 Ja-Stimmen, 0 Nein-Stimmen und 0 Enthaltungen einstimmig angenommen.

Bezugnehmend auf die Sitzungsvorlage Nr. 015/2023 erläutert Herr **Heiden** die Erforderlichkeit des sogenannten VgV-Verfahrens für die Ausschreibung der Ingenieur- und der Bauleistungen zur Umsetzung des Abwasserstruktur-gutachtens. Zur Durchführung dieser Auftragsvergaben nach der Vergabeverordnung einschließlich der vorgeschriebenen europaweiten Ausschreibung sei die Hinzuziehung eines entsprechenden Fachbüros erforderlich. Hierfür werde das Büro Jedele und Partner empfohlen, die in diesem Bereich auf eine mehrjährige Erfahrung zurückgreifen könnten und von denen die Leistungen für rund 16.000 Euro pro Verfahren angeboten worden seien, was laut Herrn **Heiden** angemessen sei.

Auf den Einwand von Gemeinderat **Enderle**, dass bislang noch gar nicht beschlossen worden sei, welche der Varianten des Abwasserstrukturgutachtens umgesetzt werde, macht Gemeinderat Schweizer deutlich, dass es bis jetzt nur darum gehe, mit Jedele und Partner das richtige Ingenieurbüro für die weitere Planung zu finden.

Mit dem Hinweis auf bislang stattgefundenen Ausschreibungen wie etwa bei der Schulsanierung oder der Beschaffung der Feuerwehrfahrzeuge bejaht Gemeinderat **Feuchter** das vorgeschlagenen Vorgehen.

## Öffentliche Sitzung vom 8. März 2023

### § 8 Ersatzbeschaffung Ford Ranger Vorlage: 014/2023

#### Beschluss:

Der Gemeinderat stimmt dem Kauf des VW Transporter Pritsche zu einem Bruttoangebotspreis von 51.884,00 € zu.

#### Abstimmungsergebnis:

Der Beschluss wird mit 20 Ja-Stimmen, 0 Nein-Stimmen und 0 Enthaltungen einstimmig angenommen.

#### Beratungsverlauf:

Herr **Heiden** erläutert die Sitzungsvorlage Nr. 014/2023 und zeigt Bilder der möglichen Ersatzfahrzeuge für den bisher durch den Bauhof genutzten Ford Ranger. Aus den bereits in der Vorlage dargelegten Gründen schlägt die Verwaltung die Anschaffung des VW Transporters vor, der außerdem sofort verfügbar sei, schließt Herr **Heiden** seinen Sachvortrag.

Gemeinderat **Koppenhöfer** äußert Zweifel an der Leistungsfähigkeit eines Fahrzeugs mit Frontantrieb, was von den künftigen Nutzern, dem Team des Bauhofs, nach Aussage von Herrn Heiden aber anders gesehen werde.

Daraufhin ruft BM **Komor** den Beschlussantrag zur Abstimmung auf.

## Öffentliche Sitzung vom 8. März 2023

- § 9 Jagdgenossenschaft Mainhardt**  
- Zustimmung zur Übertragung der Verwaltung durch den Gemeinderat  
- Wahl der Mitglieder des Jagdausschusses  
Vorlage: 019/2023

### Beschluss:

1. Der Übertragung der Verwaltung der Jagdgenossenschaft auf den Gemeinderat wird zugestimmt.
2. Der weiteren Besetzung des Jagdausschusses seitens des Gemeinderats wird mit den am 03.07.2019 gewählten Mitgliedern zugestimmt.

### Abstimmungsergebnis:

Der Beschluss wird mit 13 Ja-Stimmen, 0 Nein-Stimmen und 0 Enthaltungen einstimmig angenommen.

Befangen: Gemeinderat Volker Braun  
Gemeinderat Dominik Rudolph  
Gemeinderätin Karina Röger  
Gemeinderat Tilman Schoch  
Gemeinderätin Ulricke Weller  
Gemeinderätin Lena Kotzel  
Gemeinderat Alexander Enderle

### Beratungsverlauf:

BM **Komor** verweist auf die Sitzungsvorlage Nr. 019/2023 und berichtet kurz über die zurückliegende Versammlung der Jagdgenossen und die Sitzungen des Jagdausschusses sowie über die Neuverpachtung des gemeinschaftlichen Jagdbezirks.

Gemeinderat **Schweizer** erkundigt sich, ob durch die Neuverpachtung die bisher an der Jagd beteiligten Jäger dann künftig keine Pächter mehr seien, was BM **Komor** bejaht. Anschließend lässt er über den Beschlussantrag abstimmen, woran die Mitglieder des Jagdausschusses wegen Befangenheit nicht teilnehmen.

**Öffentliche Sitzung vom 8. März 2023**

**§ 10 Bestellung Abschlussprüfer für Jahresabschluss 2022 Kommunalbau Mainhardt GmbH  
Vorlage: 021/2023**

**Beschluss:**

Der Gemeinderat stimmt der Beauftragung der Baker Tilly Wirtschaftsprüfungsgesellschaft GmbH und Co. KG für die Prüfung des Jahresabschlusses 2022 der Kommunalbau Mainhardt GmbH zu.

**Abstimmungsergebnis:**

Der Beschluss wird mit 20 Ja-Stimmen, 0 Nein-Stimmen und 0 Enthaltungen einstimmig angenommen.

**Beratungsverlauf:**

Fragen hierzu ergeben sich nicht, weshalb BM **Komor** direkt zur Beschlussfassung aufruft.



## Öffentliche Sitzung vom 8. März 2023

### § 11 Bausachen

#### Beratungsverlauf:

Aktuell liegen keine Bausachen zur Beratung vor, so dass BM **Komor** die öffentliche Sitzung um 19.30 Uhr schließt.